

Wir sind keine Propheten

Wissen Sie, was 2050 sein wird? Haben Sie eine Ahnung, wie die Schweiz, Europa, die Welt dann aussieht? Ich nicht. Trotzdem hat der Nationalrat in dieser Wintersession eine «Energierategie 2050» beschlossen. Mir sind solche Entschiede unheimlich. Wer von uns Politikern wird dann noch für die möglichen Folgen geradestehen müssen?

Heute eine Energiewende für 2050 beschlossen wäre in etwa so, wie wenn das Schweizer Parlament 1978 eine Energiewende für 2014 beschlossen hätte. Damals war Berlin noch durch eine Mauer geteilt. 1978 stand uns die ganze digitale Revolution noch bevor: Handy, Internet, Computer, E-Mail – alles, was heute selbstverständlich ist, hatten die besten Propheten nicht vorausgesehen. Ebenso wenig wissen wir, was der technische Fortschritt in den kommenden Jahrzehnten bringen wird.

Ich denke, jeder von uns würde die Atomenergie gerne ersetzen durch alternative Energieträger. Aber wir sollten dabei nicht kopflos vorgehen. Es macht beispielsweise keinen Sinn, Schweizer AKW abzustellen und dafür Atomstrom aus



Peter Keller, Nidwaldner SVP-Nationalrat

STIMME AUS BERN

dem Ausland zu importieren. Deutschland zeigt, dass der Atomausstieg auch keineswegs so umweltfreundlich umzusetzen ist. Um Stromlücken zu kompensieren, werden unter anderem Gas und Kohle in Elektrizität umgewandelt. Dabei entstehen grosse Mengen von schädlichem CO₂. Ist das sinnvoll? Man verteuert gerne AKW, aber sie produzieren immerhin praktisch kein CO₂.

Wir haben heute einen Wohlstand, der auf Technik und günstiger Energie beruht. Zentralheizung, Auto, Kochherd, Kühlschrank, Computer, Fernseher, Handy, Internet ... man könnte die Liste beliebig lang weiterführen. Auch Leute mit kleineren Einkommen können sich solche Annehmlichkeiten leisten. Wollen wir wirklich, dass Energie zum Luxusgut wird und Schweizer Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden? Ökologische Kreise haben schon einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter gefordert und doppelt so hohe Strompreise.

Eine massvolle Politik würde möglichst gute Rahmenbedingungen setzen: damit es sich für die Wirtschaft und die Bürger lohnt, selber in neue Energieformen zu investieren und damit die Wissenschaft möglichst frei forschen kann. Aber der Nationalrat will ein gigantisches Subventionsregime einrichten, das am Ende wir Konsumenten finanzieren müssen. Was jetzt schon sicher ist: Bald muss ein vierköpfiger Haushalt allein für die CO₂-Abgabe rund 500 Franken im Jahr zahlen.

CVP und FDP politisieren am nächsten beim Volk

«Bei den vergangenen Volksabstimmungen in Obwalden während der letzten acht Jahre hat der Obwaldner Souverän immer wieder im gleichen Sinn wie die SVP Obwalden abgestimmt», schrieb die Partei im März in ihrer Wahlzeitung. Mit einem Auszug aller Abstimmungen, die sie «alleine mit dem Volk» gewonnen hat, wie das Nein zum Kulturlastenausgleich oder das Verbot von Minaretten, suggerierte sie, in aller Regel Gewinnerin bei den Abstimmungen zu sein, auch wenn sie das nicht explizit so formuliert.

Mit eigenen Anliegen unterlegen

Wir wollten es genau wissen und haben im Archiv unserer Zeitung und bei den Parteien die Parolen zu den Vorlagen auf Kantons- und Bundesebene der vergangenen sechs Jahre zusammengetragen. Das Ergebnis können Sie in der nebenstehenden Tabelle selber überprüfen. Es zeigt, dass CVP und FDP in den untersuchten Jahren am häufigsten die gleiche Parole ausgaben, wie das Obwaldner Volk dann stimmte. Und das war teilweise durchaus auch bei Ur-SVP-Anliegen so wie bei der Volkswahl des Bundesrats oder bei der Initiative der SVP für Staatsverträge vors Volk.

Alles in allem lag die CVP in den vergangenen sechs Jahren 15 Mal neben dem Obwaldner Volk, die FDP 16 Mal. Am klarsten hat die SP Parolen entgegen der Volksmeinung in Obwalden beschlossen: gleich 27 Mal. CSP und SVP bringen es je auf 20 Abweichungen.

SVP entfernt sich langsam

Auffällig ist bei der SVP, dass die Übereinstimmungen mit der Volksmeinung zwischen 2009 und Anfang 2012 gross waren, seither aber hat sich diese Partei stärker als andere vom Volk fortbewegt. 16 der 20 Abweichungen ergaben sich seit März 2012. Am klarsten zeigte sich die Differenz zwischen der Meinung des Volks und der Erwartung der SVP in den vergangenen Jahren bei den Regierungswahlen, wo es der Partei trotz mehrerer Anläufe nicht gelang, einen Sitz zu erobern – derweil die Schwesterpartei im Nachbarkanton Nidwalden zwei von sieben Regierungsräten stellt.

Opfer des eigenen Erfolgs?

Vielleicht wurde der SVP in diesem Zusammenhang einer ihrer grössten Anfangserfolge gleichzeitig zum Verhängnis: Zwei Jahre nach ihrer Gründung erreichte die junge Partei, dass die Regierung von sieben auf fünf Mitglieder verkleinert wurde. Angesichts der bisherigen «Zauberformel» mit CVP-, FDP- und CSP-Vertretern gab es bisher keinen Platz für die SVP. Auch Albert Sigrist, seit der Gründung im Jahr 1999 Präsident der Partei, schaffte die Wahl nicht. Dafür schafft er es vielleicht, der amtsälteste Parteipräsident zu werden. An der Geburtstagsfeier vor einer Woche sagte er, er verspüre gar keine Abnützungerscheinungen: «Mit mir kann man nochmals 15 Jahre rechnen. Ich habe immer noch Energie.»

In vier Gemeinderäten dabei

Auch wenn die SVP nicht immer am gleichen Strick wie das Volk zieht und noch immer auf einen Sitz in der Regierung wartet, hat sie das politische Leben zweifelsohne in den vergangenen Jahren geprägt und auch unbestrittene Erfolge erzielt. So holte sie, wenn auch nur vorübergehend, 2007 den einzigen Sitz im Nationalrat. Im Kantonsrat ist sie aktuell zweitstärkste Kraft. Ferner ist sie in vier von sieben Gemeinden (Engelberg, Kerns, Lungern und Sarnen) auch im Gemeinderat vertreten.

Initiative nur angekündigt

Nichts mehr gehört hat man in Obwalden in den vergangenen Monaten hingegen von der Jungpartei. Auf der Website der Jungen SVP sind die letzten Meldungen der Grillplausch vom Mai 2012 und die Lancierung einer kantonalen Volksinitiative im September 2012. Ziel war die Einführung eines Bürgerrechtsrats in den Obwaldner Gemeinden. Die Initiative, für die 500 Unterschriften nötig wären, wurde bis heute nicht eingereicht. Auf der Website findet sich aktuell nicht einmal mehr ein Vorstand.

OBWALDEN Vor einer Woche feierte die SVP Geburtstag: 15 Jahre alt ist die Partei geworden. Die jüngste politische Kraft im Kanton betont immer wieder, wie nahe sie beim Volk politisiere. Wir haben die Kantonalparteien um die Parolen der vergangenen sechs Jahre zu kantonalen und eidgenössischen Vorlagen gebeten. Das Ergebnis gibt der SVP nur zum Teil Recht.

MARKUS VON ROTZ
markus.vonrotz@obwaldnerzeitung.ch

Parolenspiegel 2009 bis 2014

Abstimmungsmonat / Vorlage	CH	OW	CSP	CVP	FDP	SP	SVP
11. 2014 Bund: Abschaffung Pauschalsteuer (Initiative)	N	N	N	N	N	J	N
Bund: Stopp der Überbevölkerung (Initiative)	N	N	N	N	N	N	J
Bund: Rettet unser Schweizer Gold (Initiative)	N	N	N	N	N	N	J
Kanton: Gesetz über Grundstückschätzungen		J	J	J	J	J	J
9. 2014 Bund: Schluss mit Mehrwertsteuerrückstellungen (Initiative)	N	N	N	F	J	N	J
Bund: Für eine öffentliche Einheitskrankenkasse (Initiative)	N	N	N	N	N	J	N
Kanton: Gesetz über Hochwasserschutz		J	J	J	J	J	J
5. 2014 Bund: Kinder vor Pädophilen schützen (Initiative)	J	J	N	N	N	N	J
Bund: Für einen Mindestlohn (Initiative)	N	N	N	N	N	J	N
Bund: Beschaffung des Gripen-Kampfflugzeugs	N	J	J	J	J	N	J
Bund: Medizinische Grundversorgung, Gegenentwurf	J	J	J	J	J	J	N
2. 2014 Bund: Gegen Massenzuwanderung (Initiative)	J	J	N	N	N	N	J
Bund: Finanzierung Eisenbahninfrastruktur (Fabi)	J	J	J	J	J	J	N
Bund: Abtreibung ist Privatsache (Initiative)	N	N	N	N	N	N	J
11. 2013 Bund: Für gerechte Löhne (Initiative)	N	N	N	N	N	J	N
Bund: Steuerabzüge (Familieninitiative)	N	N	N	N	N	N	J
Bund: Nationalstrassenabgabe (Autovignette)	N	N	J	J	J	N	N
9. 2013 Bund: Aufhebung der Wehrpflicht (Initiative)	N	N	N	N	N	J	N
Bund: Revidiertes Epidemienengesetz	J	J	J	J	J	J	N
Bund: Revision Arbeitsgesetz (Öffnungszeiten)	J	J	N	J	J	N	J
6. 2013 Bund: Volkswahl des Bundesrats	N	N	N	N	N	N	J
Bund: Asylgesetzrevision	J	J	J	J	J	J	J
3. 2013 Bund: Gegen die Abzockerei (Initiative)	J	J	N	N	N	J	N
Bund: Bundesbeschluss über Familienpolitik	J	N	J	J	N	J	N
Bund: Änderung Raumplanungsgesetz	J	J	J	J	N	J	N
Kanton: Kauf militärischer Liegenschaften/Flugplatz		N	J	J	J	J	N
Kanton: Jugendparlament Obwalden (Initiative)		N	J	N	N	J	N
11. 2012 Bund: Tierseuchengesetz	J	J	J	J	J	J	N
9. 2012 Bund: Bundesbeschluss Jugendmusikförderung	J	J	J	J	N	J	F
Bund: Sicheres Wohnen im Alter (Initiative)	N	N	N	N	N	N	J
Bund: Schutz vor Passivrauch (Initiative)	N	N	J	N	N	J	N
6. 2012 Bund: Eigene vier Wände, Bausparen (Initiative 1)	N	N	N	N	J	J	J
Bund: Staatsverträge vors Volk (Initiative)	N	N	N	N	N	N	J
Bund: Bundesgesetz Krankenvers. Managed Care	N	N	N	N	J	N	N
3. 2012 Bund: Gegen uferlose Zweitwohnungen (Initiative)	J	N	J	N	N	J	N
Bund: Bausparinitiative 2	N	N	N	N	N	N	J
Bund: 6 Wochen Ferien für alle (Initiative)	N	N	J	N	N	J	N
Bund: Geldspiele zu Gunsten gemeinnütziger Zwecke	J	J	J	J	J	J	J
Bund: Wiedereinführung Buchpreisbindung	N	N	J	J	N	J	N
Kanton: Neubau Bettentrakt Kantonsspital		J	J	J	J	J	J
10. 2011 Kanton: Nachtrag Steuergesetz, Erleichterungen		J	J	J	J	J	J
2. 2011 Bund: Schutz vor Waffengewalt (Initiative)	N	N	J	J	N	J	N
11. 2011 Bund: Ausschaffung krimin. Ausländer (Initiative)	J	J	N	N	N	N	J
Bund: Stopp Missbrauch Steuerwettbewerb (Initiative)	N	N	N	N	N	J	N
9. 2010 Bund: Sichere Arbeitslosenversicherung	J	J	N	J	J	N	J
Kanton: Justizreform		J	J	J	J	J	J
Kanton: Gegenvorschlag zu Hochwasserinitiative		J	J	J	J	J	J
3. 2010 Bund: Bundesgesetz berufliche Vorsorge (BVG)	N	N	N	J	J	N	N
Bund: Bundesbeschluss Forschung am Menschen	J	J	J	J	J	J	N
Bund: Gegen Tierquälerei (Initiative)	N	N	N	N	N	F	N
11. 2009 Bund: Spezialfinanzierung Luftverkehr	J	J	J	J	J	N	J
Bund: Verbot Kriegsmaterialexport (Initiative)	N	N	N	N	N	J	N
Bund: Gegen Bau von Minaretten (Initiative)	J	J	N	N	N	N	J
Kanton: Nachtrag Baugesetz (hohe Wohnqualität)		N	J	J	J	N	J
9. 2009 Bund: Befristete IV-Zusatzfinanzierung MWST	J	N	J	J	J	?	N
Bund: Verzicht auf allgemeine Volksinitiative	J	J	J	J	J	?	J
5. 2009 Bund: Zukunft mit Komplementärmedizin	J	J	J	J	J	J	N
Bund: Biometrische Daten im Schweizer Pass	J	J	J	J	J	N	J
2. 2009 Bund: Personenfreizügigkeit Rumänien/Bulgarien	J	J	J	J	J	J	N
Kanton: Kulturlastenausgleich		N	J	J	J	J	N
Kanton: Vaterschaftsurlaub für Staatspersonal		N	J	J	N	J	N

Legende für die Farben J = Ja / N = Nein / ? = Unbekannt	Parole gleich wie Volksentscheid	Parole anders als Volksentscheid	Obwalden stimmte anders als Schweiz	Stimm- freigabe
--	-------------------------------------	-------------------------------------	--	--------------------